

## Einleitung

Rüdiger Pfromm (Bonn)

Die vorliegende Publikation vereinigt Referate zu einem für das künftige Europa zentralen Thema: die Sprachenpolitik.

Das Thema Nationale Hochsprachen in der Europäischen Gemeinschaft begeistert Linguisten, aber beunruhigt Politiker. Europa steht vor einem Problem, das Staatenbünden oder Vielvölkerstaaten eigen ist, wie etwa den USA, der Sowjetunion, Kanada, der Schweiz oder Belgien; der Frage nämlich, welche Sprachen als Landessprachen zugelassen werden. Funktionalität und kulturelle Individualität stehen als Pole einander gegenüber. Je nach Akzentuierung des einen oder anderen Wertes haben sich die einzelnen Staaten unterschiedlich verhalten.

Da in einer Demokratie Sprache als Herrschaftsinstrument abzulehnen ist, wird Toleranz mit Blick auf Europa gegenüber Landessprachen zu wahren sein. Möglicherweise auch gegenüber Regio- und Dialekten, die unterhalb der Hoch- oder Nationalsprachen liegen. Ihr soziokulturelles Abgrenzungspotential kann sehr groß sein, wie Belgien und Italien (Südtirol) zeigen. Sprache kann aber auch eine einigende Funktion haben; das zeigt Frankreichs Sprachenpolitik in der Frankophonie. Aussiedler, Gastarbeiter und Asylanten aus anderen Ländern und Ethnien in unserem Lande verdeutlichen, wie wichtig für die eigene Identität, aber auch für die Integration in die Wahlheimat Sprache ist. Wir finden häufig insbesondere junge Menschen, die mindestens zwei Sprachen beherrschen.

Zusammenleben in Europa bedeutet miteinander umgehen, bedeutet Kulturaustausch und Wissenstransfer, bedeutet Kommunikation mit politisch Andersdenkenden, mit Menschen, die ihre gesellschaftlichen Strukturen wegen andersartig abgelaufenen historischen Prozessen auch andersartig entwickelt haben. Häufig bleibt daher Kommunikation zwischen Politikern und Mitgliedern verschiedenster Institutionen auf institutioneller Ebene stecken. Entweder sie kennen die Strukturen und Verfahren in der jeweilig anderen Institution nicht oder lehnen sie ungeprüft ab. Vorurteile, nationale Interessen, mangelndes Problembewußtsein oder regionale Chauvinismen sind häufig Gründe für das Scheitern institutioneller Kommunikation auf den verschiedenen Verwaltungsebenen.

Persönliche Sympathien, die Beherrschung der Sprache sowie Kenntnisse über Verhaltensweise und Verfahren im Partnerland dagegen helfen - wie genügend Beispiele belegen - „Berge zu versetzen". Simultandolmetscher werden dann unnötig, und man braucht sie auch nicht mehr, um sich hinter ihnen zu „verstecken".

Verständigungsbereitschaft ist Grundvoraussetzung für personelle, nationale und internationale Verständigung. Der Beziehungsaspekt der Sprache auf der institutionellen Ebene unterscheidet sich daher nur wenig von der persönlichen Ebene. Wenn Politik gemacht wird, treffen sich Menschen, die Problemen beizutragen bereit sind. Diese Bereitschaft hilft, die Probleme des *Was* und des *aufwelche Weise tun* zu erkennen und Lösungen zu suchen.

Die Kommunikation bei Jugendbegegnungen läuft deswegen problemloser ab - sofern man sich über Themen und Aktivitäten geeinigt hat, weil noch keine (Seh-)Gewohnheiten und historischen Argumente die Jugendlichen von der Verständigung abhalten; noch ist die „Kulturbarriere" nicht so hoch, als daß sie Empfindlichkeiten entstehen lassen würde.

In einem künftig geeinten Europa wird man daher nicht von nur einer Verkehrssprache ausgehen dürfen. Es bedarf Mittler zwischen allen Ebenen, zwischen sozialen, nationalen, zwischen regionalen Ethnien und zwischen den Ländern. Es braucht Menschen, die entweder mehrere

Dialekte oder mehrere Sprachen beherrschen. Sie besitzen die integrative Kraft, die „Brückenbauer“ auszeichnet. Die Bildungspolitik der einzelnen Länder Europas werden deshalb gut daran tun, diese kulturellen Mittler, die Dialektsprecher und die „Intellektuellen“, mit mehreren „Sprachen“ auszustatten. Nationales Ringen um Chancenausgleich darf nicht die Mobilität in Europa gefährden, so sie denn gewollt und gewünscht wird.

Welches aber sollen die Sprachen sein, die als Verhandlungssprachen ausgewählt werden? Sollen es international weit verbreitete Sprachen sein wie das Englische, Spanische, Portugiesische, Französische, oder weitgehend auf Europa begrenzte Sprachen wie das Deutsche? Warum benutzt man nicht, um niemandes Selbstverständnis zu verletzen, eine neutrale Hilfssprache wie das Esperanto? Weil sie von jedermann erst zu erlernen wäre und weil sie eine Kunstsprache ist? Andere wollen statt ihrer das Lateinische wiederbeleben. Denkbar wäre gar, zum Zeichen für eine europaweite Kompromißbereitschaft eine Regionalsprache zu wählen. Welche Lösung wird sich vernünftigerweise durchsetzen?

Sprache ist ein facettenreiches gesellschaftliches Produkt: Sie ist Instrument der Verständigung und bedarf daher des sozialen Konsenses auf der Ebene der Bedeutung; sie ist aber auch Ausdrucksmittel des einzelnen oder gar Selbstzweck in der Hand des Dichters. Sprache ist ein Dokument für die Zusammengehörigkeit, sofern man dieselbe Sprache spricht. Die Sprache des anderen sprechen heißt aber, am Erleben, Fühlen und Wollen, heißt auch, an der Geschichte und Kultur des anderen teilzunehmen.

Die Sprachenpolitik eines Landes, eines Reiches, eines Bundes verdeutlicht die Ziele der Mächtigen: wollen sie sich verständlich machen bis in die letzten Zipfel ihres möglicherweise vielsprachigen Territoriums, wollen sie reglementieren und organisieren und dadurch mittelbar oder gar politisch gewollt Einigkeit erzielen? Das Ökonomieprinzip der Administration steht im Konflikt mit dem Abgrenzungswillen der verschiedenen Ethnien in einem Lande, die eine kulturelle Überfremdung zurückweisen.

Dialekte verschwinden andererseits häufig, weil die Möglichkeit, den eigenen sozialen Status zu verbessern, dies angeraten erscheinen läßt; sie verschwinden aber auch, weil die Mobilität dies dem Arbeitsuchenden abverlangt. Es ist daher bei der Frage, welche „Sprache“ zu fördern bzw. auszuwählen ist, zu unterscheiden zwischen einer (freieren) gesprochenen Sprache; und einer formaler wirksamen, strenger normierenden «Hochsprache». Haben nationale Hochsprachen überhaupt noch Gültigkeit in einem Europa der Regionen? Wozu braucht man sie? Als Verhandlungs- oder als Kultursprachen?

Sprache spielt als Instrument des Denkens und Argumentierens, aber auch als Mittel der Beeinflussung und Manipulation ihre Rolle. Man benennt daher unterschiedliche Funktionen, je nachdem, ob sie im Rahmen der Religionsausübung, der Verwaltung, der Justiz, der Wissenschaft oder der Politik verwendet wird. In einem Europa der Vaterländer werden Politiker werden vor allem Verwaltungen, Unternehmer, kulturelle Institutionen und Militärs kooperieren müssen. Die Sprachenpolitik Europas wird deutlich werden lassen, welche Funktionen sie bevorzugt. „Funktionale“ werden benötigt werden; aber Sprache läßt sich nicht auf sie reduzieren.

Die Schulen - seien es die allgemeinen, seien es die berufsbildenden spielen daher, wie eh und je - eine zentrale, wenn auch unterschiedliche - Rolle für den Fremdspracherwerb. In ihnen werden die künftigen Sprachmittler überwiegend kulturell oder mehr funktional ausgebildet. Ihnen obliegt es, den künftigen „mündigen Bürgern“ eine Verfahrenskompetenz zu vermitteln und abzuverlangen, die befähigt, in unterschiedlichen Situationen eine entsprechende Wahl von Themen, Stilen und Textsorten vorzunehmen

Aufgabe der Politiker und Verantwortungsträger in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft wird es unumgänglich sein, ihre Wahl der künftigen für Europa als wichtig erachteten Sprachen zu treffen. Aus geistesgeschichtlichen, kulturpolitischen und wirtschaftlichen

Erwägungen sollte unter ihnen nach Ansicht des Carolus-Magnus-Kreises sowohl das Französische als auch das Deutsche sein.

In: M. Hättich; Paul-Dietmar Pfitzner (Hrsg.) , 1989,9-11.